Thomas Meyer

Sozialer Liberalismus und soziale Demokratie

Politisch-philosophische Konvergenzen

Seit dem Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gab es vielerorts in Europa eine von parteipolitischen Konstellationen unabhängige ideengeschichtliche Doppelströmung von liberalem Sozialismus und sozialem Liberalismus. Für die erste steht in Deutschland der programmatische Name Eduard Bernsteins, für die zweite der Friedrich Naumanns. Beide Strömungen wollten Immanuel Kants Imperativ der gleichen Autonomie aller Personen außer im Staat auch in Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung bringen. Der demokratische Rechtsstaat muss in diesem umfassenden Sinne Freiheitsgarant werden. Beide gewannen aus dem Rechtsgesetz Kants die Überzeugung, dass zur Realwirkung der universellen Freiheitsnorm die Verfügung über soziale »Freiheitsgüter« hinzu gehört.

Beide Zweige dieses Traditionszusammenhangs unterschieden sich aber bis vor kurzem beträchtlich in der Wahl der wirtschafts- und sozialpolitischen Mittel, die ihnen für die Einlösung des sozialen Anspruchs der gleichen Freiheit geeignet schienen. Die Scheidelinie war lange Zeit die Sozialisierung der Produktionsmittel. Sie entfiel auf Seiten der Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm von 1959. Das machte eine erstaunlich dichte Annäherung möglich, wie der Vergleich dieses Programms mit den *Freiburger Thesen* der damals sozial akzentuierten FDP von 1971 beweist. In beiden wehte der Geist des Linkskantianismus.

Spannende Synthesen

Die qualvolle Modernisierung von Programm und politischem Selbstverständnis der Sozialdemokratie wurde in Deutschland von sozialistischen Linkskantianern vorangetrieben. Eduard Bernstein hatte als eigentlichen Endzweck der sozialistischen Bestrebungen beim Neukantianer Hermann Cohen das *Rechtsprinzip der Genossenschaftlichkeit* im Sinne gemeinsam ausgeübter Autonomie entlehnt. Gemeint war die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Prinzip hat dann bis zu Willy Brandt allmählich auf den Punkt gebracht, was demokratischer Sozialismus sein sollte.

Der andere große sozialistische Linkskantianer, der Göttinger Philosoph Leonard Nelson, begründete dann die Idee, dass universelle Freiheit für alle die Gleichheit der äußeren Bedingungen vernünftiger Selbstbestimmung verlangt. Das Programm, wie er formulierte, eines »liberalen Sozialismus«. Es führte über das Konzept der *social citizenship* des britischen Soziologen Thomas H. Marschalls zum politischen Prinzip eines rechtlich zu gewährleistenden positiven Freiheitsbegriffs. Autonomie, so lautet der Grundgedanke, in dem sozialer Liberalismus und liberaler Sozialismus sich treffen, wird erst in der Balance ihrer privaten, sozialen und politischen Komponenten für alle wirksam.

Diese politische Philosophie liegt den Grundrechtspakten der Vereinten Nationen von 1966 zugrunde. Sie wurde auf diesem Wege zum Geist des Völkerrechts. Dort sind neben den bürgerlichen und politischen gleichrangig auch soziale und wirtschaftliche Grundrechte als Bedingungen der Freiheit gültig geworden. Seither hat das Argument von John Rawls die Debatten geprägt, dass erst die individuelle Verfügungsmacht über soziale Grundgüter der Freiheit einen realen Gebrauchswert und der Norm der gleichen Freiheit einen handlungsrelevanten Sinn

verleiht. All das sind politisch-philosophische Konzeptionen, bei denen sich soziale Demokratie und sozialer Liberalismus weithin überlappen. Das ist im Kern auch die generative Idee des Habermas'schen Programms einer deliberativen Demokratie.

Die gesamte handlungsorientierte Theoriegeschichte des demokratischen Sozialismus kann als ein widerspruchsvoller Prozess stets erneuerter Synthesen zwischen dem sozialistischen Ursprungsdiskurs und Elementen des liberalen Diskurses beschrieben werden. Daran schieden sich auch auf der Linken am klarsten die Geister. Der illiberale Sozialismus, der die Synthese verweigerte, ist in Diskurs und Realität in den historischen Abgrund geraten.

Demokratische Arbeiterbewegung und aufgeklärtes Bürgertum

Dass ein Bündnis von Arbeiterbewegung und dem Vernunft geleiteten Teil des Bürgertums möglich sei, war eines der Leitmotive des »Vaters« des *Godesberger Programms* von 1959, Willi Eichler. Er war vom Links-Kantianismus Nelsons durchdrungen und wirkte mit gleich gesinnten Mitstreitern darauf hin, dass Godesberg zu einem Text wurde, der weltweit als Paradigma eines ethisch fundierten liberalen Sozialismus verstanden wird. Ebenso wichtig wie dieser Paradigmenwechsel hin zu einer ethischen Fundierung des sozialistischen Programms war der neue Pragmatismus in der Wahl der sozial-ökonomischen Mittel zur Erreichung des ethischen Zwecks gleicher Freiheit.

Das Programm nahm von der Heiligung des Wundermittels Sozialisierung zur Erreichung aller sozialistischen Zwecke Abschied. Worauf es künftig ankommen sollte, waren vielmehr die Sozialbindung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die politisch-soziale Einbettung der Märkte. Die Klausel von der Vergesellschaftung als letztes Mittel war nur noch eine symbolische Brücke zur eigenen Programmvergangenheit. Damit war auch auf der Ebene politischen Handelns ein weites Spielfeld möglicher Überlappungen zwischen liberalem Sozialismus und sozialem Liberalismus eröffnet. Auf ihm konnten sich die Akteure der sozialliberalen Koalition von 1969, Willy Brandt und Karl Schiller hier, Walter Scheel, Werner Maihofer und Karl Hermann Flach dort, dann in dem Bewusstsein begegnen, dass sie mehr verbinde als ein bloß taktisch motivierter Wille zur Macht.

Das zeitweilige Bündnis von sozialem Liberalismus und liberalem Sozialismus hatte durchaus das Zeug zu einem Projekt. Der libertäre Coup des Wirtschaftsgrafen Lambsdorff von 1982, der den Markt wieder zum Obergrundwert über die sozialen Grundrechte einsetzen wollte, und in seiner Partei damit bis heute erfolgreich blieb, hat dieses Projekt nicht dementiert, sondern bloß zur Strecke gebracht. Zwei Seelen wohnten, ach, ja immer in der Brust des deutschen Liberalismus, die libertäre der Marktfundamentalisten und die universalistische der Grundrechts-Liberalen. Ein kräftiger Hauch der letzteren war dann auf Seiten der GRÜNEN zu spüren, als sie die Koalition mit der Sozialdemokratie wagte.

Semantik und Praxis

Die genauen Grenzverläufe zwischen der Marktsteuerung und dem politischen Primat über die Märkte können im Zeitalter der Globalisierung nur noch pragmatisch gezogen werden. Ein moderner Sozialliberalismus, etwa der vieler amerikanischer Demokraten und ihrer Geistesgenossen hierzulande, der wenigen Versprengten in der FDP und der zahlreicheren bei den GRÜNEN, ist bei diesem schwierigen Geschäft näher an den Ko-

ordinaten der Sozialen Demokratie mit ihrer Orientierung an sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten als an denen der libertären Demokratie mit ihrer Gleichsetzung von Markt und Freiheit. Über das »Wie« und »Wieviel« von Markt-Koordination, Grundrechte gestütztem Sozialstaat und Bildungsgleichheit mag da gestritten werden, das »Dass« aber kann auf beiden Seiten vorausgesetzt werden. Was eint, sind vor allem auch die Ideen der Toleranz und der aufgeklärten Säkularität im Staate.

Die Grenzen zwischen der klassischen Tradition des demokratischen Sozialismus und der Vorstellungswelt des Sozialliberalismus sind fließend. In einem breiten Grenzbereich ist es zu einer Frage der Selbstzuschreibung der jeweiligen Akteure geworden, ob sie das von ihnen verfochtene Projekt der Tradition des demokratischen Sozialismus zurechnen und damit auch an der entsprechenden Terminologie festhalten wollen oder ob sie den semantischen Bezugsrahmen der Sozialen Demokratie oder des sozialen Liberalismus für angemessener halten, um ihre Ideen und Vorhaben in der akademischen Debatte oder im öffentlichen Raum angemessen vermitteln zu können. In der Sache zeigen sich vielfältige Anschlüsse, Ähnlichkeiten und Überlappungen, übrigens nicht weniger zwischen diesen Strömungen als innerhalb ihrer je eigenen Sphäre. Die Frage ist offen, ob darin Zukunftsmusik anklingt.

Im Übrigen wissen wir ja: Wo die Machtperspektive lockt, stellen sich die nötigen Gründe oft rascher ein als mancher mitdenken kann. Da ist dann meist kaum noch auszumachen, aus welchen Gründen für die einzelnen Akteure die Ideen zählen, auf die sie sich zur Rechtfertigung ihres Handelns berufen. Immerhin, auf legitimierende Ideen sind sie in der Demokratie alle angewiesen. Darum ist eine Klärung des Fundus' zur rechten Zeit, und was man daraus machen kann, auch für Realisten keineswegs überflüssig.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Sozial-liberale Perspektiven in einem veränderten Parteiensystem

Die Aufregung war groß, als sich vor Weihnachten Parlamentarier von SPD und FDP zu einem Gedankenaustausch bei einem Berliner »Italiener« trafen. Über neue Bündnisse, Auflösungserscheinungen in der regierenden Koalition und über sozial-liberale Annäherungen wurde spekuliert. Fast so, als ob es einem unvorstellbaren Novum in der deutschen Parteiengeschichte gleich käme, wenn Liberale und Sozialdemokraten sich zusammensetzen, um ihre programmatischen Gemeinsamkeiten und Unvereinbarkeiten zu erörtern.

Sozial-liberale Traditionslinien

Die Frage nach den Gründen dafür, dass einem informellen Gedankenaustausch zwischen Sozialdemokraten und Liberalen heutzutage das Odium des Spektakulären anhaftet, bedürfte einer gesonderten Untersuchung. In der politischen Realität, der historischen wie der aktuellen, kann jedenfalls eine triftige Erklärung dafür kaum gefunden werden. Sie zeigt ein anderes Bild. Die Traditionslinien sozialdemokratisch-liberaler Zusammenarbeit reichen mindestens bis ins deutsche Kaiserreich, bis vor den Ersten Weltkrieg zurück.